

Berlin – Sie gehören zur gleichen Partei, aber biografisch trennen sie fast 50 Jahre – und beim Thema Waffenlieferungen Welten. Antje Vollmer, 78, ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, und Jamila Schäfer, 29, Bundestagsabgeordnete, über den Krieg in der Ukraine, grüne Generationenkonflikte und das Unbehagen.

SZ: Frau Vollmer, Sie sind seit 36 Jahren bei den Grünen. Erkennen Sie Ihre Partei noch wieder?

Antje Vollmer: Ich erkenne sie wieder in der Ökologiefrage. Aber ich erkenne sie fast nicht mehr wieder in der Friedensfrage. Damit wird für mich die grüne Seele verraten. Ohne die pazifistischen Wurzeln der Grünen wären wir nie in den Bundestag gekommen.

Frau Schäfer, Sie unterstützen als Grünen-Abgeordnete Waffenlieferungen und den 100-Milliarden-Zuschuss für Verteidigung. Sind Sie eine Verräterin?

Jamila Schäfer: Das sehe ich nicht so. Es sind natürlich sehr harte Abwägungen. Wir Grünen haben stets eine pazifistische Weltordnung zum Ziel. Die Frage ist, wie man dort hinkommt. Darüber haben wir in jedem Jahrzehnt stark gerungen – in den 80ern haben viele Grüne um Hans-Christian Ströbele für Waffen für den Bürgerkrieg in El Salvador gespendet. Es sind also auch schon zu Gründungszeiten der Grünen die Mitglieder zu dem Schluss gekommen, dass nicht jeder Aggressor zu jeder Zeit mit pazifistischen Methoden aufgehalten werden kann.

Ist jetzt so ein Moment?

Schäfer: Ja, leider hat uns der russische Präsident Wladimir Putin in eine solche Situation gezwungen. Und natürlich gilt, dass die Ukraine ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung hat, das wir unterstützen. Nur wenn Putin seine Ziele nicht erreicht, können wir wieder in ein Zeitalter der Abrüstung kommen. Wir müssen zeigen, dass in unserer Welt staatliche Grenzen nicht mit Waffengewalt verschoben werden können. Der Angriffskrieg darf sich für Putin nicht lohnen.

Antje Vollmer hat mit Alice Schwarzer einen offenen Brief unterzeichnet, er warnt, mit Waffenlieferungen einen Weltkrieg zu provozieren. Was gaben Sie gedacht, als Sie den Brief gelesen haben?

Schäfer: Ich habe gedacht, dass es legitim ist, sich in diese Debatte einzubringen. Aber dieser Brief gibt absolut nicht meine Haltung wieder. Darin heißt es unter anderem, man müsse jetzt einen Kompromiss finden zwischen dem Interesse der Ukraine und dem Interesse von Putin. Ich frage mich: Wie soll ein Kompromiss aussehen, wenn es das Interesse des einen Landes ist, weiterzueistern, während die andere Seite diesem Land die Existenzgrundlage nehmen will. Da finde ich es zynisch, von einem Kompromiss zu sprechen.



Welcher Weg führt zum Frieden? Und wird bei den Grünen derzeit über diese Frage zu wenig gestritten? Antje Vollmer (l.) und Jamila Schäfer. FOTO: REGINA SCHMEKEL

„Damit wird für mich die grüne Seele verraten“

Die Grünen werben für Waffenlieferungen in die Ukraine und Milliarden fürs Militär. Nicht alle in der Partei wollen da mitgehen. Die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer im Streitgespräch mit der Abgeordneten Jamila Schäfer

INTERVIEW: CONSTANZE VON BULLION UND KATHARINA RIEHL

von den Grünen die Zustimmung zum Nato-Einsatz im Kosovo, um dort einen Völkermord zu stoppen. Wo standen Sie damals, Frau Vollmer?

Vollmer: Wenn die Waffen erst mal losgelassen sind und die Flammen des Krieges lodern, wird die Pazifistin gern gefragt: Und, was sagst du jetzt? Pazifisten können auf die Ereignisse aber nur Einfluss nehmen, wenn sie sehr früh auf kommende Kriegsgefahren hinweisen. Meine Beschäftigung mit dem Kosovo hat unmittelbar nach 1990 angefangen. Man hätte die nationalistische Zerstückelung Jugoslawiens aufhalten, die gewaltfreie kosovarische Bewegung Ibrahim Rugovas unterstützen, dem ganzen Vielvölkerstaat gemeinsam den Weg in die EU ebnen sollen. Ich war 1999 nicht auf der Seite von Joschka Fischer.

Fischer hat damals gesagt: „Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord.“ Die deutsche Geschichte erlaube kein Wegschauen bei schweren Kriegsverbrechen. War das falsch?

Vollmer: Es war die entscheidende Weichenstellung, die zu Jamilas heutiger Haltung geführt hat. Wir sollten den Satz „Nie wieder Krieg“ opfern für den Satz „Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord“. Das ist bis heute das moralische Postulat für diese grüne Position. Ihr seid alle Joschka Fischers Kinder, Jamila, weil ihr das wichtigste findet als die Sorge um den Gesamtzustand der Welt.

Schäfer: Das stimmt nicht. Ich habe meine Überzeugung, Frieden zu schaffen, nicht geopfert. Auch nicht für die Überzeugung, dass wir jetzt in der Ukraine Menschenrechte schützen müssen. Für mich gehört beides zusammen. Man muss natürlich immer darüber reden, was man in der Vergangenheit besser hätte machen können. Aber wir müssen uns der heutigen Realität stellen. Wenn du sagst, in einer Kriegssituation kann ein Pazifist leider nichts mehr machen, ist mir das zu wenig. Wir brauchen eine Weltordnung, in der Waffengewalt sich nicht lohnt. Dafür möchte ich handlungsfähig bleiben. Deshalb ist die Lieferung von schweren Waffen kein Bruch mit einer pazifistischen Zielsetzung.

Vollmer: Der Krieg als solcher bringt Siege oder Niederlagen, aber keinen Frieden. In der grünen Bundestagsfraktion gab es genau zwei Enthaltungen beim Beschluss, schwere Waffen zu liefern und aufzurüsten. Und ihr habt 110 Fraktionsmitglieder.

Schäfer: 118. Da kann ich nicht glauben, dass es eine ernsthafte, offene Debatte gab, welcher Weg der richtige ist.

Schäfer: Ich habe diese offene Debatte seit Beginn des Krieges geführt. Wir haben intensiv gestritten, besonders unter den jüngeren, neuen Abgeordneten. Ich finde es wichtig, solche Entscheidungen nicht leichtfertig zu treffen, um sich irgendeiner herrschenden Position anzuschließen. Ich muss auch ehrlich sagen, dass ich am Anfang sehr mit mir gehadert habe. Aber bisher konnte mir niemand erklären, wie man ohne Waffenlieferungen Putin zu ernsthaften Friedensverhandlungen zwingen kann. Wenn Putin mit diesem Angriff erfolgreich ist, wäre die Gewalt in der Ukraine doch noch lange nicht vorbei. Das blendet euer offener Brief aus.

Frau Vollmer, was schlagen Sie zur Beendigung des Krieges vor?

Vollmer: Es wäre dringend notwendig, die Uno zentral ins Spiel zu bringen, und wenn sie kein Mandat des Sicherheitsrats kriegt, dann eben mit einem Mandat der UN-Vollversammlung. Dann müssen wir sehen, wer diese Verhandlungen begleitet. Deutschland jedenfalls nicht mehr. Wir sind in diesem Konflikt längst Partei. Das könnte, vermittelt über die Uno, vielleicht Indien machen, vielleicht Südafrika, vielleicht die Türkei. Jeder Tag zählt jetzt. Wer die Nachkriegszeit erlebt hat, weiß, wie viele traumatisierte Menschen es gab, wie viele Hassfantasien, wie viele gekränkt zurückgekehrte Männer. Nach 1945 haben wir mehr als 20 Jahre gebraucht, um überhaupt atmen zu können als Demokraten. So eine Nachkriegszeit sollte man auch der Ukraine ersparen.

Schäfer: Ich halte es für Paternalismus, der angegriffenen Ukraine Hinweise zu geben, was sie für Opfer bringen sollte, damit endlich Ruhe im Karton ist. Auch durch Unterlassung kann man sich schuldig machen.

Vollmer: In unserem Brief gibt es keinen Appell, die Ukraine zum Aufgeben zu bewegen. Auch wenn das diffamierend so behauptet wurde.

Schäfer: Moment, es steht schon drin, dass eine bestimmte Form, sich zur Wehr zu setzen, nicht mehr verhältnismäßig sei.

Vollmer: Es wird von unterschiedlichen ethischen Anforderungen gesprochen. Wir sind nicht in der Opferrolle. Wir haben das Glück, noch nicht in einem Krieg zu sein, in den wir aber vielleicht hineingezogen werden. Dieser Abstand muss uns dazu anhalten, mit aller Solidarität darüber nachzudenken, wie der Krieg schneller beendet werden kann. Ich kenne keinen einzigen Fall, bei dem die Lieferung von mehr Waffen einen Krieg verkürzt hat.

Schäfer: Der Vietnamkrieg wurde schneller beendet, weil die Waffenlieferungen – unter anderem aus der Sowjetunion – zur Niederlage der USA beitrugen. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs hat in Deutschland die Exekutive das Sagen. Wichtige Entscheidungen wie das Sondervermögen fürs Militär oder Panzerlieferungen hat das Parlament nur nachträglich abgenickt. Stört Sie das nicht?

Schäfer: Es wäre gut, wenn wir im Parlament mehr Debatten führen würden über solche Entscheidungen. Das würde ich ausdrücklich unterstützen. Es ist nicht unser Anspruch, dass die Exekutive Dinge beschließt und das Parlament sie nur bestätigt. Aber natürlich habe ich Verständnis

dafür, dass bestimmte Entscheidungen in großer Schnelligkeit getroffen werden mussten. Dafür hat die Bundesregierung die Kompetenzen in unserem Rechtsstaat.

Vollmer: Früher wurde immer sehr honoriert, wenn wir Grüne eine Minderheitenmeinung vertreten haben, die irgendwo sonst auftauchte. Jetzt vertreten die Grünen meist die Hauptmeinung, fast ohne Widerspruch. Der Medientrend ist aber nicht identisch mit dem Überzeugungen in der Bevölkerung. Ich glaube, es liegt auch an der Unverfrorenheit, dass Minderheitenpositionen nicht mehr gewagt werden. Ich weiß, dass man da viel aushalten muss. Aber honoriert würde es, wenn ihr mehr gegen den Wind segeln würdet.

Fehlt den Grünen Mut? Oder ist das einfach Pragmatismus?

Vollmer: Ja, pragmatisch sind die Grünen. Und effektiv. Sie haben anerkannte Minister in führenden Positionen. Das ist alles so weit okay. Aber dieses kreativ-rebellische Moment, Dinge zur Sprache zu bringen, die noch keine Mehrheit haben oder die sich gegen den Mainstream stellen, vermische ich. Und dann sind da all die jungen Leute von „Fridays for Future“. Mit welchem Engagement haben sie gekämpft für die Rettung des Planeten. Und wie geraten sie jetzt zwischen die Mühlsteine. Ich fürchte, das ganze Geld, das wir brauchen würden für eine friedliche Umwandlung der Weltökonomie, wird jetzt verpulvert in diesem einen Feuerofen.

Würden Sie das einer Ukrainerin ins Gesicht sagen, wenn ihr Tod oder Vergewaltigung droht: dass wir unser Geld leider für die Energiewende brauchen?

Vollmer: Einer ukrainischen Frau muss ich nur helfen. Ich kann nicht erwarten, dass sie meine Position versteht. Im Krieg haben Menschen absolut das Recht, sich zu wehren. Aber ich vermische meine Position nicht mit ihrer.

Schäfer: Natürlich müssen wir fragen: Was bewirken wir? Und das tun wir auch. Deshalb haben wir nicht für eine Flugverbotszone plädiert, weil wir damit Kriegspartei werden würden. Im Übrigen finde ich es befremdlich, die Aufmerksamkeit für „Fridays for Future“ und die Ukraine gegeneinander auszuspielen. Es ist doch gerade wichtig, dass wir jetzt nicht aufhören, in die Ukraine zu schauen. Wir werden unmittelbar um Hilfe angefleht. Das müssen wir ernst nehmen.

Frau Vollmer, 2001 regierte Rot-Grün, der Bundestag musste über den Afghanistan-Einsatz abstimmen. Sie haben mit Ja gestimmt und hinterher erklärt, es sei in der Sache ein Nein gewesen. War das nicht der gleiche Pragmatismus, den Sie heute Jüngeren übel nehmen?

Vollmer: Es gab in der Grünen-Fraktion acht verschiedene Gegner des Einsatzes, auch mich. Wenn alle dagegen gestimmt hätten, wäre die Regierung mittels der Vertrauensfrage gestürzt worden. Das machte aber keinen Sinn, da die CDU den Krieg erst recht weitergeführt hätte. Also habe ich zugunsten jüngerer Abgeordneter, die das zerrissen hat, gesagt: Ich bin in der Sache dagegen, aber sage Ja zum Erhalt einer rot-grünen Regierung. Auch der interne Druck war brutal. Nach dieser Entscheidung habe ich gezweifelt, ob ich eine richti-

ge Politikerin bin. Aber, und das ist der Unterschied: Der Streit trat damals offen zutage. Es wäre ein Dienst an der Demokratie, ihn auch heute sichtbar zu machen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung teilt die Bedenken unseres offenen Briefes, aber sie sind im Parlament nicht mehr vertreten.

Doch, in der Linkspartei.

Schäfer: Und in der AfD.

Vollmer: Wen sollte das trösten? Es fehlt eine relevante Vertretung dieser großen Bedenken, die es fraglos gibt. Ich höre bei den Grünen jetzt immer: Wir haben uns das ganz, ganz schwer gemacht. In den öffentlichen Auftritten hat man aber den Eindruck, dass die Grünen inzwischen die größten Menschenrechtsbellisten sind. **Empfinden Sie auch manchmal Unbehagen über Ihre eigene Position?**

Schäfer: Natürlich habe ich die Sorge, dass Putin uns irgendwann zur Kriegspartei erklärt. Er kann dafür alles Mögliche heranziehen: die wirtschaftlichen Sanktionen oder die Waffenlieferungen – oder auch scharfe Worte, die westliche Politikerinnen und Politiker gebraucht haben. Das treibt mich jeden Tag um. Das Problem ist nur, dass Putin sich seine Realität so zu rechtbiegt, wie er sie braucht. Danach können wir uns nicht ausrichten. Und natürlich habe ich auch Angst davor, dass Entwicklungen falsch eingeschätzt werden. Wir arbeiten alle mit lückenhaften Informationen aus den Kriegsgebieten.

Vollmer: Das Schwierigste für mich ist, dass mich meine Position in Kontrast bringt zu den Leuten aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung. Das war ja Fleisch vom Innersten der Grünen, mit diesen Menschen verbunden zu sein. Es fällt mir schwer, sie zu fragen: Seid ihr nicht auch gelegentlich dankbar, dass das Ende der DDR so friedlich gelaufen ist? Seht ihr nicht, dass es nicht nur eure Kerzen waren, sondern auch Menschen, die den Machthabern im Kreml in den Arm gefallen sind, damit sie nicht mit einem Blutbad reagieren wie in Budapest oder Prag? Der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde von den Russen mit zehn Jahren Chaos bezahlt. Und wie bei allen totalitären Imperien braucht es Zeit, bis sich die Demokratie entwickelt. Dafür sollten wir gelegentlich auch etwas Geduld aufbringen.

Wie antworten Ihnen ehemalige Bürgerrechtler?

Vollmer: Mit Härte: „Wir kennen diese Figuren. Wir wissen, dass man mit einem wie Putin nur knallhart umgehen kann.“ Ich habe nie persönlich mit Putin gesprochen. Ich weiß aber, dass gerade die Deutschen in den letzten zehn Jahren viele Möglichkeiten verpasst haben, die neue Eiszeit zwischen Ost und West zu verhindern. Und die heutigen Aktivisten frage ich: Wart ihr mal aktuell in Russland? Seht ihr nicht, dass die jungen Leute dort genauso welloffenen und europäisch sind wie in Kiew oder Odessa? Allmählich haben wir bei uns wieder ein verfestigtes dämonisiertes Feindbild vom brutalen Russen. Das hat ja Tradition.

Die Leute schreiben mir, ich sei eine Kriegstreiberin. (...) Ich glaube, wir haben als Gesellschaft verlernt, in vernünftiger Art über sicherheitspolitische Fragen zu streiten.“

JAMILA SCHÄFER

Schäfer: Ich habe dieses Feindbild nicht.

Vollmer: Warst du mal in Russland?

Schäfer: Nein. Ich war auch noch nie in der Ukraine. Aber deshalb habe ich keine schlechte Meinung über russische Menschen. Jede einzelne Stimme aus russischen Communities, die sich jetzt gegen diesen Krieg stellt, erfüllt mich mit Hoffnung. Das sind unsere Verbündeten. Die vielen mutigen Menschen in russischen Großstädten, die sich dahingestellt haben, um gegen den Krieg zu demonstrieren, verdienen großen Respekt.

Vollmer: Wir Erstunterzeichner des offenen Briefes erleben gerade eine Hassorgie. Da kommen Foterfantasien, Morddrohungen. Der Brief wollte den Stimmen in der Bevölkerung Raum geben. Aber was da zurückkommt, ist schon richtig Hardcore.

Was kriegen Sie für Post, Frau Schäfer?

Schäfer: Die Leute schreiben, ich sei eine Kriegstreiberin. Oder dass ich Neonazis unterstütze in der Ukraine. Ich glaube, wir haben als Gesellschaft verlernt, in vernünftiger Art über sicherheitspolitische Fragen zu streiten. Ich kann die harte Kritik an eurem Brief nachvollziehen, in der Sache. Trotzdem wünsche mir, dass die Debatte respektvoll geführt wird.

Fühlen Sie sich noch zu Hause bei den Grünen, Frau Vollmer?

Vollmer: Manchmal ist es hart. Ich bin aber keine Renegatin. Ich glaube, dass ich grüne Ideale vertritt, jedenfalls wie sie meine ganze politische Biografie begleitet haben. Deshalb bleibe ich.

Zu den Personen

Antje Vollmer, Jahrgang 1943, studierte evangelische Theologie, zu den Grünen kam sie Anfang der Achtzigerjahre, von 1994 bis 2005 war sie Vizepräsidentin des Bundestages, die erste Grüne in diesem Amt. 2005 trat sie nicht mehr zur Bundestagswahl an.

Jamila Schäfer, Jahrgang 1993, studierte erst Jura, dann Soziologie, kam im Jahr 2011 zu den Grünen und war von 2018 bis 2022 stellvertretende Parteivorsitzende. Bei der Bundestagswahl 2021 gewann sie als erste Grüne in Bayern ein Direktmandat und ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. sz